



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 20.03.2018

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:53 Uhr

Anwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim - verließ um 19:30 Uhr die Sitzung
Klingmüller, Charlotte - erst ab 18:45 anwesend
Konstandin, Angelika
Kunzmann, Reiner
Lüthje-Lenhardt, Monika
Niebel, Karl-Peter
Rahn, Klaus-Helimar
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Schaier, Barbara
Vogel, Roland
Vogt, Thomas

Schriftführer:

Härer, Roland

Verwaltung:

Knobloch, Günter
Kröner, Wolfgang
Müller, Rüdiger
Renz, Uwe
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Möller, Eva
Schneider, Birgit



1. Ordnungsgemäße Einladung erfolgte am 12.03.2018.
2. Ortsübliche Bekanntgabe im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 15.03.2018.
3. Beschlussfähigkeit war gegeben, da 20 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als Urkundspersonen wurden bestimmt:
Gemeinderat Gutgesell
Gemeinderat Kunzmann



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Bestätigung der Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal **BV/037/2018**
 - Kommandant Frank Bauer
 - 1. Stellvertreter Marco Sandrini
 - 2. Stellvertreter Paul Regelmann
3. Bebauungsplan "Seniorenzentrum und Wohnpark an der Pfinz" **BV/044/2018/1**
 - Vorstellung der Planungen
 - Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans
 - Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden/Träger öffentlicher Belange
4. Kindergartenangelegenheiten Kindergartenbedarfsplan 2018/19 **BV/059/2018/1**
 - Beratung und Beschlussfassung
5. Anlegung von Radfahrstreifen entlang der Wöschbacher Straße (Berghausen) mit Auswechslung der öffentlichen Trinkwasserleitung und Kanalbaumaßnahmen **BV/050/2018/1**
 - Abschluss eines Vertrages mit dem Landkreis Karlsruhe
 - Beratung und Beschlussfassung
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter will wissen, ob von Seiten der Zuhörschaft Wortmeldungen vorliegen. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

2. Bestätigung der Wahlen der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal

- Kommandant Frank Bauer
- 1. Stellvertreter Marco Sandrini
- 2. Stellvertreter Paul Regelman

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter teilt mit, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Pfinztal hätten bei der Jahresdienstversammlung 2018 ihre Führungsspitze neu gewählt. In seinem Amt sei für weitere fünf Jahre der bisherige Pfinztalkommandant Frank Bauer bestätigt worden. Zum neuen 1. Stellvertreter sei Marco Sandrini aus der Abteilung Kleinsteinbach und zum 2. Stellvertreter Paul Regelman von der Abteilung Berghausen gewählt worden. Der Wahl habe der Gemeinderat nach dem Feuerwehrgesetz zuzustimmen, die Gewählten seien danach vom Bürgermeister zu bestellen. Frank Bauer habe das Amt bereits seit zehn Jahren inne. Die bisherigen Stellvertreter Herr Kuglstätter und Herr Vogt hätten auf eine Wiederwahl verzichtet. Herr Kuglstätter habe das Amt fünf Jahre ausgeübt, Herr Vogt sei sogar 30 Jahre verantwortlich tätig gewesen. Er danke beiden für dieses ehrenamtliche Engagement.

Gemeinderätin Eisenbusch entschuldigt sich zunächst dafür, dass sie aus Krankheitsgründen bei der Jahresdienstversammlung nicht anwesend sein konnte. Über das Ergebnis der Wahlen habe sie sich gefreut. Sie stellt fest, dass diese drei Ämter mit viel Arbeit verbunden sind. Es sei insgesamt nicht hoch genug wertzuschätzen, dass sich immer wieder Menschen für diese Ämter finden, sie finde das bewundernswert. Im Namen ihrer Fraktion danke sie ganz herzlich für die Bereitschaft zur Übernahme der Führungsämter. Ein Dank gehe aber auch an die ausgeschiedenen Herren Kuglstätter und Vogt. Ihr Wunsch für die Zukunft laute, immer ein gutes Händchen bei den Entscheidungen zu beweisen. Die Feuerwehr Pfinztal sei insgesamt gut aufgestellt, die Gemeinde bediene ihre Wehr nach dem Feuerwehrbedarfsplan. Zusätzlich habe man neue Personalstellen eingerichtet.

Gemeinderat Kirchenbauer meint, seine Vorrednerin habe bereits alles Wesentliche gesagt. Auch die Mitglieder seiner Fraktion freuten sich, dass es immer wieder engagierte Menschen gibt und man eine gute Feuerwehr besitze. Man bedanke sich bei allen Gewählten und wünsche wenig Einsätze bzw. eine gesunde Heimkehr von den Einsätzen.

Die **Gemeinderäte Lühje-Lenhardt** und **Dr. Rahn** schließen sich für die Fraktionen der Grünen bzw. der ULiP den Worten ihrer Vorredner an.

Bürgermeister-Stellvertreter nimmt nach der Zustimmung des Gemeinderats zu den Wahlen die Bestellung der neu gewählten Kommandanten vor und überreicht die Ernennungsurkunden.



- 3. Bebauungsplan "Seniorenzentrum und Wohnpark an der Pfinz"**
- Vorstellung der Planungen
 - Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans
 - Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden/Träger öffentlicher Belange

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kaupp vom planenden Ingenieurbüro. Er weist darauf hin, dass es in der heutigen Beratung um die Vorstellung der Planung und die Beschlussfassung zur Einleitung des Verfahrens geht.

Herr Kaupp lässt wissen, er habe die Planung bereits dem Bau- und Wirtschaftsausschuss vorgestellt. In der Zwischenzeit seit dieser Sitzung habe sein Büro die gewünschten Änderungen im Bereich der Tiefgarage in die Planung eingearbeitet. Anhand eines Grundrissplanes der Tiefgarage zeigt er die Änderung auf. Weiter informiert er, dass sich seit der Vorstellung der Planung im Gemeinderat im Juli 2017 bezüglich des Gesamtkonzeptes nur sehr wenig getan habe. Änderungen habe es im Bereich der Einmündung der Mühlstraße in die Karlsruher Straße gegeben, weil dort ein optionales Grundstück nicht mehr zur Verfügung stand. Lediglich der Gartenanteil an diesem Grundstück konnte erworben werden. Diese Entwicklung habe aber letztlich zu einer Optimierung der Planung und insbesondere der städtebaulichen Situation geführt. Der Abstand des Gebäudes zur Karlsruher Straße betrage hier neun Meter. Nach unten erfolge in der Mühlstraße eine Platzaufweitung. Konkret soll das Seniorenzentrum 100 Betten erhalten und die Tagespflege mit 20 Plätzen belegt werden; dazu kommen noch 35 betreute Seniorenwohnungen. Konkretisiert habe sich die Bebauung für den Bereich des Wohnparks. Dessen verkehrliche Erschließung soll über die Mühlstraße erfolgen. In einer großen Tiefgarage sollen pro Wohneinheit 1,5 Stellplätze untergebracht werden. Die Tiefgarage verfüge über zwei Ebenen. Bedingt durch die vorgenommenen Änderungen im Tiefgaragenbereich werde unterirdisch der Abstand zur Pfinz geringfügig unterschritten; dies sei oberirdisch allerdings nicht zu erkennen. Der vollkommen autofreie Wohnbereich soll mit insgesamt 48 zwei- und dreigeschossigen Wohngebäuden bebaut werden. Dieser Bereich werde sehr stark mit einer Durchwegung versehen. Der Abstand der Bebauung von der Böschungsoberkante der Pfinz liege bei 10 m. Anschließend geht er auf die Wohnbebauung im Bereich der Keplerstraße ein. Entlang dieser Straße sollen drei zweieinhalbgeschossige Wohngebäude entstehen, wobei der geforderte Lichtraum der Straße mit mindestens 10 m eingehalten wird. Nur entlang dieser Straße werde es sechs oberirdische Stellplätze geben. Anschließend erläutert er dem Gremium die verschiedenen Grundrisse der Wohnungen.

Gemeinderat Kunzmann bittet um Erläuterung der Gebäudehöhen im Vergleich zu den vorhandenen Wohngebäuden. Konkret will er wissen, ob auf den dargestellten Ansichten die Nachbargebäude zu sehen sind.

Herr Kaupp bejaht dies und erläuterte die künftige Situation. In der Planung seien beim Baukörper des Pflegeheims die gewünschten Elemente berücksichtigt worden, um die Fassade zu gliedern und aufzulockern. Anhand eines Grundrissplans informiert er über die Detailplanung. Der Stellplatznachweis für den Pflegeheimbereich sei erfüllt. Da es sich bei dem Bereich des Pflegeheims um aufgefülltes Gelände handelt, müsse dieses Gebäude unterkellert werden. Insgesamt würden hier 35 betreute Wohnungen entstehen und Pflegestationen mit jeweils 15 Betten. Die Aufenthalts- und Therapiebereiche habe man zusammengefasst angeordnet.

Bei den Wohnungen handle es sich um einen Mix aus verschiedenen Größen. Die Durchschnittsgröße liege bei etwa 80 Quadratmetern. Sämtliche Wohnungen seien barrierefrei erreichbar.



Bürgermeister-Stellvertreter Hörter spricht von einem ambitionierten Projekt, das in einer Bauzeit von 18 Monaten fertiggestellt werden soll. Dies hänge mit der Zukunft des Hauses „Edelberg“ zusammen. Sobald das neue Pflegeheim fertiggestellt sei, werde die Sanierung des Hauses „Edelberg“ in Angriff genommen.

Herr Kaupp lässt wissen, sein Ingenieurbüro sei mit Hochdruck an der Planung und habe bereits sämtliche Fachingenieure in diesen Prozess mit einbezogen.

Gemeinderat Ringwald bedankt sich für die ausführliche Vorstellung der Planung und auch dafür, dass die vorgebrachten Anregungen im Bereich der Tiefgarage bereits eingearbeitet sind. Er spricht von einem sehr schönen Projekt, das wichtig für die Gemeinde Pfinztal sei. Er sei der Meinung, dass sich die Bebauung sehr gut in diese alte Gewerbebrache einfügen wird. Der Bereich an der Mühlstraße erfahre sogar eine bessere Durchlässigkeit zur Pfinz. Er hoffe, dass alles wie besprochen umgesetzt wird, insbesondere auch die Fassadengestaltung. An die Verwaltung richtet er die Bitte, nach Ersatzflächen für eine gewerbliche Nutzung zu suchen, da mit dieser Bebauung eine vorhandene Gewerbefläche verlorengehe.

Gemeinderat Dr. Vogel lässt wissen, er habe bei der Beratung der Planung im Ortschaftsrat vorgeschlagen, für den außerhalb des Areals liegenden Bereich entlang der Karlsruher Straße einen Bebauungsplan in Auftrag zu geben, um für den Straßen- und Einmündungsbereich planerische Vorkehrungen zu treffen. Er halte dies für erforderlich und stelle den entsprechenden Antrag, um eine gute Entwicklung dieses Bereiches sicherzustellen.

Gemeinderat Kunzmann nimmt zur vorliegenden Planung Stellung. Er weist darauf hin, dass dem Gremium nun eine umfassende Planung zu einem umfassenden Projekt vorliegt. Der aktuelle Stand sehe so aus, dass das Haus Edelberg momentan in Berghausen und auch in Grötzingen eine Pflegeeinrichtung betreibt. Durch die gesetzliche Vorgabe, dass künftig nur noch Einzelzimmer zu installieren sind, bestehe ein Umbaubedarf. Stand sei auch, dass das Areal der früheren Firma Berckmüller eine Industriebrache darstellt. Die Gebäude auf dieser Brache würden sich auf dem südlichen Geländeteil befinden und die Pfinzauenlage sehr stark beeinträchtigen. Dies bedeute, man werde mit der vorliegenden Lösung mit Blick auf die Pfinznähe eine bessere als die augenblickliche Situation erhalten. Im Ortschaftsrat Berghausen sei die Auffassung vertreten worden, dass ein Abstand von 20 m zur Pfinz richtig wäre. Allen sei aber schnell klar gewesen, dass diese Forderung das Aus der Planung und Bebauung bedeutet hätte. Man habe einen privaten Investor, dem man nicht allzu viel in die Planung hineinreden kann. Dieser müsse seine wirtschaftlichen Interessen vertreten. Die Gemeinde könne lediglich die Umriss der Planung festlegen. Trotzdem gebe es neben den privaten auch die öffentlichen Interessen, die man zu vertreten habe. Man bekomme eine Einrichtung, in der man die Senioren des Ortes unterbringen kann. Es wäre schön für jeden Ortsteil, eine solche Einrichtung zu haben. In Berghausen sei das Erfordernis hierfür groß, weil das Haus Edelberg umgebaut werden muss und vielleicht sogar nicht wiedereröffnet wird. Diese Situation könne man mit der geplanten Bebauung, die im Interesse der Gemeinde ist, bereinigen. Für die SPD-Fraktion könne er mitteilen, dass seine Fraktion diese Sache haben möchte und man deshalb auch die Überschreitung zur Pfinz akzeptiere. Wenn der Vorhabenträger alleine private Interessen vertreten hätte, wäre dies nicht möglich gewesen. Positiv zu bewerten sei, dass die wenigen zu schmalen Stellplätze in der Tiefgarage verbreitert wurden. Hier sei nun eine vernünftige Lösung entstanden. Ausdrücklich habe man auch keinen Wendehammer gewollt, weil damit die Zufahrt zum Pfinzufer geöffnet würde und dieser außerdem mit Fahrzeugen zugestellt wäre. Er halte die vorliegende Planung für die bessere Lösung. Bei der heutigen Vorstellung der Planung habe man gut erkennen können, dass sich die geplanten Gebäudehöhen an der Nachbarbebauung orientieren und nicht über deren Höhen hinausragen. Weil sich das gesamte Projekt rechnen muss, gebe es auf einem Teilbereich eine Wohnbebauung. Man könne erkennen, dass hier



etwas Schönes geschaffen wird. Er werde dem Vorhabenträger das Versprechen abnehmen wollen, dass hier auch Wohnungen angeboten werden, die günstiger sind, also bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Weil es sich insgesamt um eine gute Sache handelt, könne er die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisieren.

Gemeinderat Dr. Rahn teilt mit, die ULiP halte die Planung in der vorgelegten Form für nicht akzeptabel. Insbesondere das große Gebäude mit 100 Meter Länge passe nicht in das Ortsbild in der Pfinzaue. Die Vorgaben des Ortschaftsrates Berghausen mit einem Abstand von 20 Meter zur Pfinz und zum Landschaftsschutzgebiet sowie die Zulassung von maximal drei Vollgeschossen seien alle über den Haufen geworfen worden. Diese Entwicklung halte die ULiP für nicht in Ordnung. Sie seien aufgegeben worden, um ein maximales Projekt mit einem maximalen Profit zu ermöglichen. Er gebe zu bedenken, dass es sich bei dem Baugrundstück nur zum Teil um eine bestehende Gewerbefläche handelt und ein Teil Außenbereichsfläche mit geringem Grundstückswert ist. Die Realisierung des Projekts mit Verzicht auf die Wohnbebauung halte er für möglich. Ein weiterer Aspekt für die Ablehnung durch die ULiP sei die Auffassung, dass das Verfahren für den im Außenbereich liegenden Teil des Plangebiets nicht nach § 13 b BauGB durchgeführt werden kann. Diese Möglichkeit der Handhabung zweifle die ULiP an.

Gemeinderätin Klingmüller nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Beratung teil.

Gemeinderat Dr. Rahn erklärt, Paragraph 13 b BauGB könne deshalb nicht angewandt werden, weil mit ihm Flächen zu Wohnzwecken geschaffen werden sollen. Weder ein Pflegeheim noch betreute Wohnungen seien allerdings dem Begriff „Wohnflächen“ zuzuschreiben. Von der ULiP werde insofern die Planung abgelehnt. Auch zur natur- und artenschutzrechtlichen Prüfung gebe es Bedenken. So müssten Ersatznistplätze zunächst von den Tieren tatsächlich angenommen werden, bevor die alten beseitigt werden.

Gemeinderat Rothweiler meint, gleich zu Beginn des Projekts hätte man zur Planung nein sagen müssen, wenn man sie verhindern wollte. Inzwischen sei viel Zeit und Arbeit investiert worden und die Planung habe sich verändert. Er gehe davon aus, dass heute kein Beschluss mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst wird. Persönlich bedauere er manche Entwicklung wie zum Beispiel beim Wendehammer am Ende der Keplerstraße. Man könne nicht davon ausgehen, dass der von Fahrzeugen zugestellt wird. Er sehe bei der jetzigen Planung eher das Problem entstehen, dass beispielsweise das Müllfahrzeug wieder rückwärts auf die B 10 hinausfahren muss. Er werde deshalb den Antrag stellen, einen Wendehammer am Ende der Keplerstraße einzurichten. Nach wie vor vertrete er die Auffassung, dass wegen der Massivität der Gebäude ein Abstand von 20 Metern zur Pfinz besser gewesen wäre. Die Viergeschossigkeit behage ihm nicht, er könne aber damit leben. Bezüglich der Zufahrt über die Mühlstraße sei er gespannt, ob der Abstand ausreichend ist. Klar sei, dass es sich um eine schöne Lage handelt. Nahezu ebenerdig könne man entlang der Pfinz spazieren gehen. Die Bebauung habe ihren Charme; wenn sie noch eine richtige Begrünung erhalte, sei der Weg hierher einen Sonntagsspaziergang wert. Abschließend beantragt er nochmals eine Abstimmung über die Anlage eines Wendehammers am Ende der Keplerstraße und wünscht dem Planer eine unfallfreie Baustelle.

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter leitet danach in die Abstimmung über, zunächst mit dem Antrag von Gemeinderat Rothweiler. Er stellt folgende Frage:
„**Wer befürwortet den Antrag von Gemeinderat Rothweiler, am Ende der Keplerstraße einen Wendehammer einzurichten?**“

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen



Antrag Gemeinderat Dr. Vogel:

„Wer ist dafür, für den Bereich entlang der Karlsruher Straße zwischen Kepler- und Mühlstraße einen Bebauungsplan aufzustellen?“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

„Wer stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit folgenden Punkten zu:

1. Für den Geltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 12 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt. Die Aufstellung erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a bzw. § 13b BauGB. Die entsprechenden Teilbereiche sind entsprechend gekennzeichnet. Der Bebauungsplan trägt die Bezeichnung „Seniorenzentrum und Wohnpark an der Pfinz“.
2. Der Aufstellungsbeschluss nach Ziffer 1 ersetzt den Aufstellungsbeschluss des Gemeinderats vom 25.07.2017.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer 4-wöchigen Planaufgabe durchzuführen. Der Zeitpunkt wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgt parallel.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Durchführungsvertrag zu erarbeiten. Eine Unterzeichnung/Verpflichtung durch den Vorhabenträger hat noch vor Satzungsbeschluss zu erfolgen.

Abstimmung: 17 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

4. Kindergartenangelegenheiten/Kindergartenbedarfsplan 2018/19 - Beratung und Beschlussfassung

Herr Sturm berichtet, der Kindergartenbedarfsplan sei bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss ausführlich beraten worden. Im laufenden Kindergartenjahr halte die Gemeinde sowohl alters- als auch zeitgemischte Angebotsformen vor. 718 Plätze würden sich auf 39 Gruppen in 14 Einrichtungen verteilen. Die Betreuungszeiten variieren dabei von der Spielgruppe mit wöchentlich bis zu 15 Stunden über Regelgruppen und VÖ-Gruppen mit wöchentlichen Betreuungszeiten zwischen 29 und 34 Stunden bis zu einer wöchentlichen Betreuungszeit von 49,5 Stunden. Für unter Dreijährige gebe es acht Krippengruppen, elf altersgemischte Gruppen und zwei Spielgruppen. Man stelle fest, dass insgesamt wieder mehr Kinder geboren werden und es damit eine größere Nachfrage nach Betreuungsplätzen gibt. Etwa 90 Prozent des Betreuungsangebots würde in der Kindertagesstätte abgedeckt. Es könne sein, dass es in den nächsten zwei Jahren einen Anstieg um vier Kindergartengruppen geben wird, weshalb jedes Jahr etwas geschaffen werden muss. In Pfinztal würden 332 Kinder der Altersgruppe von eins bis drei Jahren angehören, so dass die Versorgungsquote nach den Betriebserlaubnissen eigentlich 66,87 % beträgt. Unter Berücksichtigung der Belegung von Kleinkind- bzw. altersgemischten Plätzen durch über Dreijährige liege die Versorgungsquote noch bei 55,12 %. Bis zu den Sommerferien würden sämtliche Betreuungsplätze vollständig belegt sein, Erleichterung würden dann die Schulabgänger bringen. In der Theorie seien genügend Plätze vorhanden, allerdings sei die Nachfrage im U 3-Bereich und bei der verlängerten Öffnungszeiten sehr groß. Weiter ansteigend sei die Zahl der über Dreijährigen in der Gemeinde. Im August 2018 würden voraussichtlich 644 Kinder, ein Jahr später 663 Kinder im Kindergartenalter sein. Anhand eines Diagramms erläutert er die Belegungssituation für das kommende Kindergartenjahr. Daraus sei zu ersehen, dass neue Betreuungsplätze geschaffen werden müssen, damit eine gute Quote erreicht wird. Hinsichtlich der langfristigen Entwicklung der Kinderzahlen wolle er sich nicht auf die Angaben des Statistischen Landes-



amtes verlassen. Weiter Plätze seien auf jeden Fall erforderlich. So sollen in Berghausen zwei Krippengruppen ausgewiesen werden. Durch Erweiterung des Kindergartens „Unterm Regenbogen“ könne man eine weitere Krippengruppe sowie eine altersgemischte VÖ-Gruppe schaffen. In Söllingen werde man einen dreigruppigen Kindergarten im Bereich „Im Bahnwinkel“ bauen lassen. Daneben gebe es noch den Standort bei der alten TSV-Halle als Alternative zur Nutzung der Gemeinschaftsunterkunft als Betreuungseinrichtung. Angehen wolle man auch ein Projekt zusammen mit dem Tageselternverein beim katholischen Gemeindezentrum Kleinsteinbach. Insgesamt werde man 106 neu Plätze schaffen können. Die Verwaltung habe darüber hinaus den Auftrag, die Standorte „Krautgärten“ und im Bereich des Kinder- und Jugendhauses sowie die Nutzung des Gasthauses „Adler“ in Berghausen zu prüfen. Er macht deutlich, dass eine Steuerung der Platzvergaben ohne die zentrale Koordinierungsstelle nicht mehr zu bewältigen wäre.

Gemeinderätin Eisenbusch macht deutlich, dass der Bedarfsplan im Ausschuss bereits ausführlich besprochen wurde. Deshalb müsse sie heute nicht mehr auf Details eingehen. Positiv zu bewerten sei die Tatsache, dass Pfinztal über ein vielfältiges und gutes Angebot verfüge. Negativ sei, und daran führe kein Weg vorbei, dass man nach wie vor einen enormen Bedarf an Betreuungsplätzen habe. Der Kindergartenneubau „Im Bahnwinkel“ sei aus ihrer Sicht allein für die Aufnahme der Kinder aus dem Neubaugebiet erforderlich. Ansonsten schaffe man im Kindergartenjahr 2018/19 insgesamt 106 neue Plätze. Sie frage sich, wie die angedachten Maßnahmen in diesem Zeitraum fertiggestellt werden können. Weiter bitte sie um Erklärung, wie die Vormerkungen berücksichtigt werden können. Sie gehe davon aus, dass diese Eltern keinen Betreuungsplatz finden werden. Die Eltern müsse man insofern hinhalten, obwohl sie einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Seit Jahren weise sie beständig auf dieses Problem hin. Wenn es einen Rechtsanspruch gibt, müsse dieser auch befriedigt werden können. Weil man einen extremen Bedarf habe, müsse kurzfristig eine Containerlösung in Berghausen möglich gemacht werden. Sofern der Gemeinderat dieser Lösung nicht folge, werde sie dies zum Antrag erheben. Sie erwarte, dass dieser Vorschlag für eine Containerlösung im Schulzentrum aufgegriffen wird. Dann habe man die Zeit, sinnvolle weitere Lösungen zu überlegen und zu planen. Sie frage sich, ob ein Ausbau des Kindergartens „Unterm Regenbogen“ überhaupt Sinn macht. Möglicherweise gebe es eine andere und bessere Lösung. Zusammenfassend macht sie deutlich, die Containerlösung werde schnellstmöglich gebraucht, damit der Rechtsanspruch der Eltern befriedigt werden kann.

Herr Sturm macht deutlich, die Verwaltung wolle vier Einrichtungen eröffnen, der Umbau des Kindergartens „Unterm Regenbogen“ wäre eines davon. Zusammen mit dem TEV sollte das Pfinzi-Haus erweitert und beim katholischen Gemeindehaus eine Einrichtung geschaffen werden. In der Diskussion habe bisher auch noch die Gemeinschaftsunterkunft als möglicher Standort für Betreuungseinrichtungen gestanden. Dort wäre es möglich gewesen, Kapazitätsüberhänge zu schaffen. Weil sich diese Lösung erledigt habe müsse man überlegen, etwa am Standort der alten TSV-Halle eine Einrichtung zu schaffen. Ihm persönlich liege das TigeR-Haus am Herzen. Kritisieren müsse er die große Politik, weil sich für die Träger der Einrichtungen die Standards extrem erhöht hätten, so dass diese Kosten der Gemeinde sehr zur Last fallen. Wenn man heutzutage eine Einrichtung bauen möchte, müsse man für eine Gruppe den Betrag von einer Million Euro rechnen. Er sehe, dass es an der Zeit ist, kräftig zu investieren, nachdem man über Jahre kleinere Maßnahmen bevorzugt habe.

Gemeinderat Rendes bedankt sich für die Ausarbeitung des Bedarfsplans. Für die CDU-Fraktion sei es wichtig, damit Fakten auf dem Tisch zu haben, während die SPD sehr intuitiv reagiere. Er sei froh, dass man trotzdem einen gemeinsamen Weg gehen kann. Seine Fraktion wolle die Verwaltung beim Suchen und Finden unterstützen. Wichtig sei ihm zu betonen, dass Pfinztal bereits über ein vielfältiges Angebot verfüge. Dies müsse man immer wieder unterstreichen, weil man sich damit auf einem guten Weg befindet. Sicherlich sei es richtig,



dass man kurz- und mittelfristig neue Betreuungsplätze benötigt, weshalb man sich nicht zurücklehnen könne. Eine Containerlösung müsse also angegangen werden, wie auch langfristige weitere Lösungen. Berghausen stehe als Standort dabei besonders im Fokus. Für die Verwaltung gebe es also viel zu tun. Die Entwicklung in Söllingen sehe man positiv, weil ein Neubau bevorstehe. In Kleinsteinbach sei man ebenfalls auf einem guten Weg, das Projekt sei in Reichweite. Fairerweise müsse man feststellen, dass sich das GU-Projekt zerschlagen hat. Alleine die Auseinandersetzung mit diesem Thema habe Wochen und Monate verschlungen. Trotz allem müsse man dort den Finger in die Wunde legen, wo es nicht läuft. Insgesamt sei die CDU-Fraktion allerdings zufrieden und stimme dem Bedarfsplan zu.

Gemeinderat Herb bedauert es, dass viele Zuhörer zum Thema „Kindergartenbedarfsplan“ bereits gegangen sind. Der thematische Schwerpunkt liege aus seiner Sicht auf dem Wort „Bedarf“. Dem Antrag zur Aufstellung von Containern im Schulzentrum Berghausen würden die Grünen zustimmen. Er dankt für die Aufstellung des Bedarfsplans und stellt fest, dass sich in den vergangenen acht Jahren einiges geändert hat, wie zum Beispiel die Einrichtung der zentralen Anlaufstelle. Vieles liege aber auch im Argen. Schlecht sei es, wenn Kinder abgewiesen werden müssten. Er meine, dass die verlängerten Öffnungszeiten erhöht werden sollten, auch sollte es frühere Öffnungszeiten geben. An der Verwaltungsvorlage sei zu bemängeln, dass die Öffnungszeiten nicht aufgeführt wurden. Aus der Tabelle auf Seite 13 des Bedarfsplans sei zu ersehen, dass es insgesamt 40 Gruppen gibt, wovon 22 voll belegt und fünf Gruppen übertoll sind. Dem Bedarf hinke man hinterher. Den Standort bei der alten TSV-Halle habe man schon immer für ein weiteres Angebot bevorzugt. Seine Fraktionskollegin Lühje-Lenhart habe vorgeschlagen, den Standort beim Jugendzentrum zu untersuchen. Zusammenfassend bitte seine Fraktion die Verwaltung zu agieren und eine Gesamtkonzeption für die nächsten fünf Jahre mit Priorisierung vorzulegen.

Gemeinderat Dr. Rahn bedankt sich für die ULiP bei der Verwaltung, die in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet habe. Er widerspreche insofern bewusst der von Gemeinderätin Elsenbusch vorgetragene Auffassung. Wenn er lese, dass man zum 1. August noch ca. 70 freie Plätze haben wird, dann bedeute dies eine freie Kapazität. Er halte es im Übrigen für zumutbar, dass Eltern Betreuungsplätze auch in anderen Ortsteilen annehmen müssen. Bisher habe es die Verwaltung immer wieder geschafft, den Bedarf zu befriedigen, man sei auf dem Weg zu neuen Plätzen. Allerdings gehe er nicht davon aus, dass der neue Kindergarten komplett vom neuen Baugebiet belegt wird. Er gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass ein Kindergartenneubau und dessen Unterhaltung viel Geld kosten. Wenn man Überkapazitäten schaffe, sei das nicht mehr sinnvoll angelegtes Kapital. Er halte es auch für schwierig, momentan geeignetes Personal zu finden. Die Verwaltung habe auf diesem Gebiet bisher erfolgreich agiert, man sei mit der Arbeit sehr zufrieden.

Gemeinderätin Elsenbusch lässt wissen, sie könne die Aussage nicht so stehen lassen, dass die SPD-Fraktion intuitiv reagiere. Wenn man Fakten lesen könnte, würde man das Problem sehen. Tatsächlich seien am 31.08. die Schulanfänger bereits nicht mehr in der Statistik enthalten, allerdings auch die Vormerkungen nicht. Es sehe also so aus, als ob man Luft hätte. Die Fakten müsse man gut lesen können um festzustellen, dass die Einschätzung falsch ist. Sie habe festgestellt, dass eine gute Qualität geleistet wird. Einziger Kritikpunkt sei, dass man dem Bedarf ständig hinterherhinkt. Ihre Fraktion habe nie infrage gestellt, dass nicht jeder Ortsteil optimal abgedeckt werden kann. Im Moment würden 57 Eltern in andere Ortsteile reisen. Diese Kinder befänden sich außerhalb ihrer Gemeinschaften. Man müsse gut überlegen, ob man dies haben möchte.

Gemeinderat Rendes macht deutlich, es gehe ihm nicht darum, dass die SPD nur intuitiv reagiert und er sich auf die Fakten verlässt.

Gemeinderat Ringwald meint, man sollte aus dem Bedarfsplan ersehen können, wie viele



Brückentage es gibt.

Gemeinderat Kunzmann erklärt, er würde gerne das Thema „Personal“ aufgreifen. Wenn man den zu erwartenden Bedürfnissen gefolgt wäre, hätte man früher den zu erwartenden Personalbedarf erfüllen können. Ihm sei klar, dass gutes Personal viel Geld kostet und man in Zukunft eine ganze Menge Geld in Richtung der Personalkosten verschieben muss. Deshalb müsse man auch daran arbeiten, dass von oben erheblich höhere Zuschüsse an die Kommunen fließen. Die Landes- und Bundespolitiker müsse man dafür sensibilisieren, damit die Kommunen mehr Unterstützung in diesen Aufgaben erfahren. Beispielsweise brauche man eine breitere Palette an Berufsgruppen, die in der Betreuung anerkannt werden. Nur dann werde man mit ausreichendem Personal die Betreuung leisten können. Ein Appell gehe von ihm deshalb an alle, in dieser Richtung tätig zu werden.

Herr Sturm bringt zum Ausdruck, dass er diese Meinung teile. Er macht darauf aufmerksam, dass die Gemeinde im Bereich der Kleinkindgruppen ausreichend gefördert wird. Bei den über Dreijährigen sei der Fördertopf seit 10 Jahren allerdings immer gleich gefüllt, trotz der gewachsenen Anforderungen. Auch bei den Investitionszuschüssen habe es keine Anhebungen gegeben. Während die Standards angehoben wurden, sei der finanzielle Ausgleich nicht angepasst worden. Tatsächlich sei es momentan problematisch, gutes Personal zu finden. Vor diesem Hintergrund bewerte er die Zusammenarbeit mit dem Tageselternverein als gut.

Gemeinderat Herb meint, für ihn sei der Stichtag 31.08. der Schwachpunkt in der Vorlage. Aus diesem Grund habe er sich mehr auf die Tabelle auf Seite 13 der Vorlage konzentriert.

Gemeinderat Dr. Vogel teilt mit, er habe im Haushaltsplan geblättert und keinen Haushaltsansatz für die angesprochene Containerlösung gefunden. Es sei nicht möglich, in der heutigen Sitzung hierüber abzustimmen.

Gemeinderat Kirchenbauer findet, dass die Suche nach geeignetem Personal tatsächlich das Problem ist. Dies gelte in gleicher Weise für die Pflegeberufe. Er will von der Verwaltung wissen, ob die Gemeinde Ausbildungen anbietet. Für die Träger der Betreuungseinrichtungen wäre es gut, wenn hierzu ein Impuls von der Gemeinde gegeben würde. Aus seiner Sicht sei es wichtig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, weil in den nächsten Jahren der Personalbedarf weiter steigen werde.

Herr Sturm lässt ihn wissen, man habe derzeit alle Möglichkeiten ausgereizt. Auch die Träger der verschiedenen Einrichtungen würden Ausbildungen vornehmen. Auch für fachfremde Menschen gebe es die Möglichkeit, Zusatzausbildungen zu machen, um in diesem Beruf arbeiten zu können.

Gemeinderätin Elsenbusch geht auf die Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Vogel ein und meint, nachdem die Übernahme der Gemeinschaftsunterkunft nunmehr weggefallen sei, würden die hierfür im Haushaltsplan veranschlagten Mittel für die Containerlösung zur Verfügung stehen.

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter ist der Auffassung, dass Statistiken immer an der Wirklichkeit vorbeigehen; er müsse Herrn Sturm deshalb wegen der Kritiken in Schutz nehmen. Bereits in der Gemeinderatssitzung am 21.07. habe man schon einmal über eine Containerlösung gesprochen und sich damals für die Maßnahme im evangelischen Gemeindehaus Berghausen entschieden. Die Idee mit der Containerlösung sei deshalb nicht ganz neu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, veranschaulicht **Herr Kröner** die zu fassenden Beschlüsse wie folgt:

1. Der Gemeinderat beschließt den Kindergartenbedarfsplan.



2. Das Angebot des Tageselternvereins zur Einrichtung weiterer Gruppen beim katholischen Gemeindezentrum Kleinsteinbach wird angenommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beschlussfähige Vorlagen zum Standort „Alte TSV-Halle“ und zur Erweiterung des Kindergartens „Unterm Regenbogen“ vorzulegen.
4. Die Standorte „Krautgärten“, beim Kinder- und Jugendhaus und Gasthaus Adler sind zu prüfen.
5. Als kurzfristige Option ist eine Containerlösung beim Bildungszentrum vorzusehen.

Gemeinderat Dr. Rahn hält die letzten Punkte nicht für abstimmungsreif. Aus seiner Sicht könne es keine vagen weitergehenden Beschlüsse geben.

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter klärt auf, es handle sich hierbei um Prüfaufträge an die Verwaltung. Er stellt dem Gremium danach folgende **Abstimmungsfragen**:

„Wer stimmt der Annahme des Kindergartenbedarfsplans 2018/2019 zu?“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

„Wer stimmt der Einrichtung von weiteren TEV-Gruppen im katholischen Gemeindezentrum Kleinsteinbach zu?“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

Er stellt fest, dass die weiter genannten Möglichkeiten von der Verwaltung zu prüfen und mit dem Prüfungsergebnis dem Gremium vorzulegen sind. Er beendet daraufhin die Beratung dieses Tagesordnungspunktes.

Gemeinderat Kirchenbauer verlässt entschuldigt die Sitzung.

- 5. Anlegung von Radfahrstreifen entlang der Wöschbacher Straße (Berghausen) mit Auswechslung der öffentlichen Trinkwasserleitung und Kanalbau-
maßnahmen**
 - **Abschluss eines Vertrages mit dem Landkreis Karlsruhe**
 - **Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter verweist auf die Verwaltungsvorlage mit sämtlichen Informationen zu diesem Thema und meint, es handle sich um ein sehr ambitioniertes Projekt. Die Vorlage enthält folgenden Sachverhalt:

Der Verkehrsraum der Wöschbacher Straße ist auf Höhe der Verbrauchermärkte – zwischen Einmündung Breitenfeldstraße und Lerchenstraße – unzureichend entwickelt, sodass die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer deutliche Einschränkungen hinnehmen müssen. Dieser Mangel soll durch eine Umgestaltung des öffentlichen Verkehrsraumes behoben werden. Die von der Verwaltung zusammen mit einem Ingenieurbüro und den Fachbehörden entwickelte Planung wurde zunächst als Grobkonzept dem Bau- und Wirtschaftsausschuss am 12.09.2017 vorgestellt. Die Feinplanung wird am 6. März 2018 im Bau- und Wirtschaftsausschuss erörtert. – Der Gemeinderat sollte dann am 20. März 2018 „grünes Licht“ für die Maßnahme geben, damit der notwendige Bauauftrag noch vor August 2018 erteilt werden kann.

Der Finanzausschuss mag über den vorgelegten Vertragsentwurf zwischen Landkreis Karlsruhe und Gemeinde Pfinztal beraten und dem Gemeinderat eine Empfehlung hierzu abge-



ben.

Zum Vertragsentwurf selbst ist anzumerken, dass er das Ergebnis eines wahrhaft langwierigen Verhandlungsverfahrens mit den Kreisbehörden ist. (Anmerkung: Es gibt Kreisgemeinden, die für solche Anlagen keinen Zuschuss durch den Landkreis erhielten). Auf der Basis der Kostenberechnung kann festgehalten werden, dass bei Erhalt des GVFG-Zuschusses und des Kostenbeitrags des Landratsamtes Karlsruhe bei der Gemeinde von der rd. 550.000 € „Straßen-/Wegebau-Maßnahme“ rd. 202.000 € verbleiben. Daneben erhält die Gemeinde noch einen separaten Zuschuss vom Landkreis für die Straßenentwässerung („Kanalbeitrag“), was aber über einen separaten Vertrag noch gesondert geregelt wird.

Erklärung zu § 3 (1), 2. Abs.: Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat im Hinblick auf die Behandlung des GVFG förderfähige Kosten in Höhe von 442.223 € anerkannt. Hieraus gibt das Land 50%, dies sind 221.100 €, die der Landkreis an uns „weiterreicht“. Von der anderen Hälfte trägt der Landkreis 50%, was rd. 110.000 € ausmacht, sodass uns nach § 3 Abs. 1 der Landkreis 331.662 € überweisen müsste (vgl. § 3 (3) plus 5% Verwaltungskosten). Wir erhalten jedoch vom Landkreis einen Betrag in Höhe von 442.223 € (ist voller zuwendungsfähiger Betrag), sodass wir am Ende der Abrechnung der Baumaßnahme wieder einen Teil dem Landkreis zurücküberweisen müssen. Dieses umständliche Verfahren ist der Abwicklung des GVFG-Zuschusses geschuldet.

Ferner ist auf § 3 (4) des Vertragsentwurfs hinzuweisen. Hier führt die Gemeinde zusätzliche Maßnahmen für den Landkreis durch, was sich bei dieser Baustelle so auch anbietet und wofür wir eine Pauschalvergütung in Höhe von 37.500 € + 5% Verwaltungskosten zusätzlich/separat zu oben geschilderten Kostenbild erhalten.

Im Haushaltsplan 2018/19 sind für die Maßnahme folgende Ansätze eingestellt:

- | | |
|--------------------------------|-------------------------------|
| a) Radweg/Straßenbau | 400.000 €/120.000 € (2018/19) |
| b) Kanal (inkl. Schließung RÜ) | 650.000 € |
| c) Trinkwasserleitung | 150.000 €/ 50.000 € (2018/19) |

Die Finanzierung der Maßnahme wäre also – nach derzeitigem Stand – gesichert.

Herr Knobloch lässt wissen, dass der Sachverhalt im Bauausschuss und im Finanzausschuss vorberaten wurde. Der Bauausschuss habe empfohlen, den Vertrag mit dem Landkreis Karlsruhe zu schließen. Bei diesem Projekt schaffe man eine spätere Fahrbahnbreite von sieben Metern. Die Fahrbahn werde Markierungen als Schutzstreifen für die Radfahrer erhalten. Parallel zum Ausbau verlege die Gemeinde neue Kanäle und Wasserleitungen. Wichtig sei es nun, alle Voraussetzungen zur Realisierung schnell zu schaffen, damit der Zuschuss nicht verfällt.

Gemeinderat Kunzmann erklärt, er werde sich kurzfassen, weil man diesem Projekt bereits im Bauausschuss eine längere Sitzungsphase gewidmet habe. Viele Fachleute hätten hier zusammenarbeiten müssen. Auch habe man vernommen, dass es der Verwaltung sehr gut gelungen ist, die Zuschüsse zu generieren. Froh sei man, dass mit der Baumaßnahme nun nach einer langen Wartezeit begonnen werden kann. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Vertragsabschluss mit dem Landkreis.

Gemeinderat Ringwald meint, es handle sich um ein sehr ambitioniertes Projekt der Verwaltung. Er hoffe, dass dieses gut über die Bühne gebracht werden kann und bittet alle Gewerbetreibenden an der Wöschbacher Straße, die Beeinträchtigungen in Kauf zu nehmen, damit am Ende eine gute Sache herauskommt.

Gemeinderat Rothweiler befürchtet, dass der Umbau der Straße auf einer Länge von 400 Metern auf jeden Fall Ärger geben wird. Deshalb halte er es für wichtig, die Menschen rechtzeitig und umfassend aufzuklären.



Bürgermeister-Stellvertreter Hörter stellt danach folgende Abstimmungsfragen:
„Wer stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf und der Ermächtigung der Bürgermeisterin zur Vertragsunterzeichnung zu?“

Abstimmung: **Einstimmige Zustimmung**

6. Mitteilungen des Bürgermeister-Stellvertreters

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter verweist auf die Bürgerinformationsveranstaltung am 19.04.2018 und spricht eine Einladung hierzu aus. Unter anderem seien Vertreter der AVG zum Thema „Nahverkehr“ anwesend.

Weiter spricht er Einladungen aus zur Einweihung der Friedhofskapelle Wöschbach am 20.04.2018 und zum Ehrenabend der Freiwilligen Feuerwehr Abteilung Berghausen am 21.04.2018.

Schließlich weist er noch darauf hin, dass Herr Renz jedem Gremiumsmitglied ein Samentütchen „Blumenwiesen“ ausgeteilt hat. Diese gebe man ab dem 26.03.2018 kostenlos an die Bevölkerung ab.

7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderat Dr. Vogel lässt wissen, man freue sich, dass die Verwaltung die Idee des CDU-Ortsverbands aufgegriffen hat und die Samentütchen an die Bevölkerung abgibt. Er will wissen, ob eine ausreichende Anzahl angeschafft wurde.

Herr Renz antwortet, die Verteilung erfolge nach dem Windhundprinzip; tatsächlich würden allerdings manche zu kurz kommen.

Gemeinderätin Schaier berichtet von einem Zeitungsartikel, wonach in Grötzingen eine zusätzliche Ampel installiert werden soll, um den Verkehr durch den Ort zu reduzieren.

Gemeinderat Rothweiler will wissen ob es stimmt, dass es an der Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule Berghausen einen Rektorenwechsel gibt.

Herr Kröner antwortet, dies sei eine Personalsache und somit kein Thema für den öffentlichen Teil der Sitzung, weshalb keine Antwort möglich sei.

Gemeinderat Herb berichtet, in seiner Haushaltsrede habe er das Wort „Herrschaftszeitenawwera“ gebraucht, das beim Abdruck im Amtsblatt allerdings unterschlagen wurde.



8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister-Stellvertreter Hörter stellt fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen. Er beendet daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Frank Hörter

Gemeinderat Gutgesell

Roland Härer

Gemeinderat Kunzmann